

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #44

Ende Oktober 2016



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Das habe ich vorher auch noch nie erlebt: Drei Plenarreden in einer Sitzungswoche. Eine davon nehmen wir in dieser Ausgabe genauer unter die Lupe, die zur Umsetzung der CSR-Richtlinie – eine EU Vorgabe für Unternehmen, die bis 6. Dezember in nationales Recht gegossen werden muss. Warum „CSR“ jeden von uns interessieren dürfte und welche Hürden da auf der Zielgeraden noch zu nehmen sind, lesen Sie im **NAHBlick**.

Neben Wirtschaftsthemen wie diesem habe ich mich in den vergangenen zwei Wochen wieder mit muslimischen und christlichen Gemeinden in Köln und Berlin getroffen. Welche genau das waren und was wir besprochen haben, ist im **SEITENBLICK** und im **RUNDBLICK** zu lesen. Am 27. Oktober ist der internationale Tag der Religionsfreiheit. Wenn wir dieses Menschenrecht ernst nehmen wollen, müssen wir mehr miteinander ins Gespräch kommen. Nur so lassen sich Vorurteile abschaffen und tatsächlich kritische Dinge ansprechen.

Das gilt natürlich auch für uns Politiker – sprechen Sie *mit* statt nur *über* uns. Eine meiner nächsten Bürgersprechstunden ist für Anfang Dezember geplant. Genauere Informationen folgen noch. Melden Sie sich jederzeit gerne bei mir, wenn Sie Fragen oder Anregungen haben. Ich würde mich freuen, auch Ihre Meinung zu hören!

Ihr



Heribert Hirte



Auch mit Vertretern der Umweltorganisation WWF unterhielt sich Heribert Hirte über die Umsetzung der CSR-Richtlinie. Es sind also nicht immer nur die vermeintlich „bösen“ Großkonzerne, die Lobbyarbeit betreiben.

CSR – neben TTIP und CETA ist dieses Kürzel momentan das wohl meistgenutzte im Büro Hirte. Denn seit Monaten macht sich Heribert Hirte als zuständiger Berichterstatter im Rechtsausschuss über diese drei Buchstaben Gedanken. CSR das steht für **C**orporate **S**ocial **R**esponsibility also die unternehmerische Gesellschafts- oder Sozialverantwortung.

Die Europäische Union möchte, dass Unternehmen in der EU ab einer bestimmten Größe Informationen zu ihrer **C**orporate **S**ocial **R**esponsibility in der Bilanz öffentlich machen. Schließlich würden Unternehmen heute nicht mehr nur nach ihren Finanzdaten bewertet, sondern auch danach, wie verantwortungsvoll sie beispielsweise mit der Umwelt oder den Menschenrechten auch im Ausland umgehen. Damit dieses Vorhaben EU-weit einheitlich zum Erfolg geführt wird, ist auch Deutschland bis zum 6. Dezember 2016 verpflichtet, die entsprechende [CSR-Richtlinie](#) umzusetzen.

Die Bundesregierung hat nun im September erstmals einen Gesetzentwurf vorgelegt, über den die Abgeordneten am 20. Oktober im Deutschen Bundestag in erster Lesung beraten haben. Heribert Hirte hat an dieser Debatte am späten Donnerstagabend knapp sechs Minuten Redezeit eingeräumt bekommen. Er nutzte die Zeit, um zu betonen, dass durch die neuen gesetzlichen Vorgaben die Vergleichbarkeit der Informationen verbessert und so das Vertrauen von Investoren, Geschäftspartnern und Verbrauchern gestärkt werde. Zudem würden Anreize geschaffen, nichtfinanziellen Belangen und damit verbundenen Risiken, Konzepten und Prozessen stärkeres Gewicht in der Unternehmensführung beizumessen.

Heribert Hirte ließ nicht unerwähnt, dass es für ihn entscheidend war, dass die Bürokratiebelastung der Unternehmen begrenzt bleibe und die gesetzlichen Regelungen nicht über die Vorgaben aus Brüssel hinausgehen. Deutsche Unternehmen dürften keinen strengeren Pflichten unterliegen als Unternehmen in anderen EU-Staaten. Vor allem ist ihm wichtig, dass die gesetzlichen Vorgaben auf große kapitalmarktorientierte Unternehmen beschränkt bleiben: „Bei allem Verständnis für das Interesse an zusätzlichen Informationen darf nicht übersehen werden, dass deren Beschaffung und Zurverfügungstellung für die Unternehmen einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand darstellt.“

Der Grünen-Fraktion geht der Gesetzentwurf der Bundesregierung indes nicht weit genug. In einem eigenen Antrag forderten sie, dass auch Unternehmen, die nicht an der Börse notiert werden, am liebsten auch schon ab 250 Mitarbeitern, in ihren Bilanzen über ihre soziale Verantwortung berichten müssen. An Renate Künast gerichtet sagte Heribert Hirte dazu im Plenum: „[Damit] zeigen Sie völliges Unverständnis für die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen. Ich würde mich fragen, ob Ihre Kollegen in Hessen und Baden-Württemberg das genauso sehen. Wir werden diesen Antrag jedenfalls ablehnen, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen.“

Der Grünen-Fraktion geht der Gesetzentwurf der Bundesregierung indes nicht weit genug. In einem eigenen Antrag forderten sie, dass auch Unternehmen, die nicht an der Börse notiert werden, am liebsten auch schon ab 250 Mitarbeitern, in ihren Bilanzen über ihre soziale Verantwortung berichten müssen. An Renate Künast gerichtet sagte Heribert Hirte dazu im Plenum: „[Damit] zeigen Sie völliges Unverständnis für die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen. Ich würde mich fragen, ob Ihre Kollegen in Hessen und Baden-Württemberg das genauso sehen. Wir werden diesen Antrag jedenfalls ablehnen, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen.“

Das Video zu seiner [Rede finden Sie auf der Homepage](#). Wer die Debatte als Ganzes nachvollziehen möchte, dem sei ein Blick auf das [Protokoll der Sitzung](#) empfohlen.

SEITENBLICK

Kurz informiert



Drei Plenarreden in einer Woche

Neben der CSR-Richtlinie wurde Heribert Hirte vergangene Woche noch zu zwei weiteren Themen ans Rednerpult gebeten: Am Freitagmorgen zur Kontroverse um Managergehälter und Donnerstagnacht zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung“ (Stichwort: Close-Out-Netting). Während die Rede zum letztgenannten Thema „nur“ in schriftlicher Form zu [Protokoll](#) ging, ist die Rede zur Begrenzung der Managergehälter [hier](#) im Video festgehalten. Die Fraktion DIE LINKE hatte dazu [einen Antrag](#) mit dem Titel „Managergehälter beschränken“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Konkrete Vorschläge, wie dies geschehen könne, suchte Heribert Hirte in diesem Antrag aber vergeblich, wie er kritisierte.

Gespräch mit der Ahmadiyya-Gemeinde in Köln



Faseeh Chaudhry und Farooq Ahmed, Heribert Hirte, Alina Klein und Matheo Tziortzis (Mitarbeiter von Gisela Manderla MdB) (v.l.n.r.)

Als Vorsitzender des Stephanuskreises und somit schon „qua Amtes“ Verfechter der Religionsfreiheit unterhält sich Heribert Hirte mit jeder Religionsgemeinschaft. Denn er ist davon überzeugt, dass nur durch den interreligiösen Dialog das gegenseitige Verständnis ausgebaut werden kann. Die Ahmadiyya ist eine islamische Sondergemeinschaft, die in den 1880er Jahren in Indien zu Zeiten der britischen Kolonialmacht gegründet wurde. Die sich als Reformbewegung des Islams verstehende

Religionsgemeinschaft hält an den islamischen Rechtsquellen – Koran, Sunna und Hadith – fest, wobei zusätzlich die Schriften und Offenbarungen ihres Gründers, Mirza Ghulam Ahmad, eine erhebliche Bedeutung haben. Während sich die Ahmadiyya-Gemeinde selbst dem Islam zugehörig empfindet, lehnen viele andere Muslime diese besondere Lehre dagegen ab. In Ländern mit islamischer Mehrheitsbevölkerung, wie beispielsweise Pakistan, werden die religiöse Gemeinde und deren Aktivitäten entsprechend bekämpft, was mit zu Beschränkungen und Verfolgung in diesen Ländern einhergeht. Die „Ahmadiyya Muslim Jamaat“, wie die Gemeinde hierzulande mit vollem Namen heißt, wird in Deutschland aber durchaus auch kritisch gesehen, weil sie weitere Moscheen in Deutschland bauen wollen. Zurzeit sind es nach eigenen Angaben deutschlandweit 30 Moscheen, die sie besitzen.

Die Zukunft fährt E

Henne oder Ei – elektrobetriebene Fahrzeuge oder Ladestationen? Was muss gefördert werden, damit die Deutschen – und damit auch die Kölner – ihr geliebtes Benzin- oder Dieseltriebenes Auto in die Ecke stellen und auf E-Autos umsteigen? Über diese Frage hat die Bundespolitik, hat auch Heribert Hirte als Abgeordneter, viel diskutiert. Ein paar Antworten fand er bei einem Besuch der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), bei dem auch einer der neuen E-Busse zum Einsatz kam.

Wie die kleine Spritztour gelaufen ist, lesen Sie in diesem [netten Bericht](#).

Gastfamilien gesucht – Holen Sie sich die Welt nach Hause!

Der Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. (VDA), sucht wieder deutschlandweit ehrenamtliche Gastfamilien, die ab November/Dezember 2016 oder Januar 2017 für vier bis acht Wochen Austauschschüler aufnehmen wollen. Die Gastkinder sind 14-18 Jahre alt, besuchen Deutsche Privatschulen in ihrem Heimatland, lernen dort Deutsch als erste Fremdsprache und kommen aus Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Namibia und Paraguay. Nach der Aufnahme eines Gastschülers organisiert der VDA bei Interesse einen zweimonatigen Gegenbesuch für die deutschen Schüler zu ihrem Austauschgast. Den Gastfamilien entstehen außer Kost & Logis keine Kosten. Die Austauschschüler/innen sind mit ausreichend Taschengeld ausgestattet sowie über den VDA versichert. Die Gastfamilien kümmern sich um einen Schulplatz – die restliche Organisation übernimmt der VDA.

Weitere Infos und Beratung bekommen Sie per
Telefon: 02241-21735 oder
E-Mail: info@vda-kultur.de.



Die Organisation Open Doors hat erneut Meldungen von Fällen von Übergriffen gegenüber christliche Flüchtlinge in Notunterkünften gesammelt und mit einem aktualisierten Bericht die Politik zum Handeln aufgefordert. Gemeinsam mit dem religionspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reagierte Heribert Hirte darauf mit einer klaren Warnung an die Täter: „Wer Christen in Flüchtlingsheimen angreift, muss gehen!“ Die gemeinsame Erklärung ist [hier](#) zu lesen, ein weiteres Interview Heribert Hirtes mit dem Domradio [hier](#).

Wegen der unklaren Datenlage und fehlenden rechtlichen Prüfungen der bisherigen Vorwürfe forderte der CDU-Politiker Hirte zudem eine Ombudsstelle auf Bundesebene, um Beschwerden unabhängig zu prüfen.

Dazu gehöre die Anhörung aller Beteiligten und eine rechtsstaatliche Prüfung der Vorwürfe. «Wer aus einer Liste ungeprüfter Vorwürfe sofort Tatsachen macht, handelt verantwortungslos», sagte er, wobei es ihm gerade nicht darum geht, Vorwürfe zu verharmlosen oder Täter einen Persilschein zu verpassen, sondern gerade darum, unsere genauso wichtigen Werte von Rechtsstaatlichkeit und Unschuldsvermutung hochzuhalten. Wenige Tage zuvor hatte er die Kölner Ombudsstelle begrüßt. „Köln hat mit der Ombudsstelle eine einzigartige Schnittstelle eingerichtet, die Vorwürfen und Verdächtigungen nachgehen kann und so Missstände aller Art in enger Zusammenarbeit mit den Behörden möglichst rasch abstellen kann“, sagte Heribert Hirte in einem [Statement an die Presse](#), das der Kölner Stadt-Anzeiger am 14. Oktober auf Seite 23 aufgenommen hatte.

Die Sprecher der beiden großen Kirchen und ihrer Hilfsorganisationen Diakonie und Caritas erklärten auf Anfrage der Presse hingegen erneut, ihnen lägen keine Hinweise vor, dass Christen in Flüchtlingsunterkünften systematischer gruppenbezogener Gewalt ausgesetzt seien.

Auf die Frage „Zerfällt die Europäische Union?“ des Magazins „Kompass“ der katholischen Militärseelsorge, schrieb Heribert Hirte „wir sollten mehr machen als immer nur zu meckern, dann sehe ich für unsere Europäische Union eine gute Zukunft voraus. Den gesamten Gastbeitrag lesen Sie [hier](#) ab Seite 8.“



„Linksaußen #r2g, rechtsaußen #AfD - gute Politik für die Mitte gibt es nur mit der #CDU!“

Mit diesem Beitrag auf Twitter hat Heribert Hirte vergangene Woche eine rege Diskussion im Netz ausgelöst. Für alle, die nicht twittern: #r2g steht für die rot-rot-grüne Koalition. [Lesen Sie hier](#), wie die Internetgemeinde im Sozialen Netzwerk reagierte.



Christian? Heribert? Zum Verwechseln ähnlich sehen sich die beiden Hirtes zwar nicht gerade, aber da nun mal beide Juristen ausgerechnet in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aktiv sind, kommen Verwechslungen schon einmal vor – da erreichen den einen versehentlich Einladungen und Briefe und der andere bekommt eben eine falsche Namensbinde während der Fernsehübertragung seiner Rede. Die beiden Bundestags-Hirtes nehmen es gelassen – und sind längst schon beim Du. Beide kennen sich noch von der Uni Jena, wo Christian als Student beim damals in den 90ern frisch zum Professor berufenen Heribert die Vorlesungsbank drückte.

**25. Oktober 2016**

Der Verein HAWAR.help hatte Heribert Hirte zur Kickoff-Veranstaltung des neuen Integrations- und Sportprojekts „Scoring Girls“ auf die Wiesen vor dem RheinEnergieStadion eingeladen. Die Bundesligaspielerinnen Tugba Tekkal vom 1. FC Köln leitet das Projekt, das sich an Mädchen im Alter von acht bis 18 Jahren aus Flüchtlingsfamilien und benachteiligten Familienverhältnissen richtet. Sie erhalten einmal pro Woche ein regelmäßiges und kostenloses Sporttraining von Bundesliga-Spielerinnen. Heribert Hirte hat dort ein Grußwort gesprochen. Wir berichten darüber im kommenden Newsletter.

30. November 2016

Auf Einladung des Nahostfriedensforum (NAFFO) und im Auftrag der CDU/CSU-Fraktion reist Heribert Hirte für einige Tage nach Israel und in die Palästinensischen Autonomiegebiete. Er wird dort unter anderem die Gelegenheit nutzen, um sich über die Situation der Christen vor Ort ein Bild zu machen. Über die Reise werden wir anschließend ausführlich berichten.

Die nächste Sitzungswoche beginnt am **7. November 2016**.

Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2016 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de